

Am 16.05.2014 gaben FARC und kolumbianische Regierung in Havanna bekannt, dass sie über das Thema „Illegale Drogen“ eine Vereinbarung erzielt haben.
Dazu ein Kommentar aus EL ESPECTADOR vom 17.05.2014:

Ein Abkommen während der Wahlentscheidung

Mitten im Feuer des Wahlkampfes erzielten FARC und Regierung ein Teilabkommen zum Thema illegaler Drogen. Das ist ein Thema, das die öffentliche Anhörung würzen wird, die am Dienstag beim Verfassungsgericht stattfinden wird zu den Folgerungen aus den Delikten, die während des bewaffneten Konflikts begangen wurden.

In einer Zeit, in der die Umfragen ein polarisiertes politisches Panorama widerspiegeln zwischen Santos und den Anhängern Uribes vor der Präsidentschaftswahl, haben die Verhandlungsdelegationen der Regierung und der FARC eine Teilvereinbarung zur Lösung des Drogenproblems verkündet.

Eine Vereinbarung, die, außer dass sie den Verlauf der Wahl am nächsten Sonntag beeinflussen kann, dies auch bezüglich der öffentlichen Anhörung bewirken könnte, die das Verfassungsgericht am kommenden Dienstag abhalten wird, um Artikel 67 des Übergangs-Rechtsrahmens zu diskutieren, der die Konnektivität der Delikte behandelt.

Die gemeinsame Erklärung Nr.36 vom vergangenen Freitag gibt zu bedenken, dass eine definitive Lösung des Drogenproblems unverzichtbar sei, um einen stabilen und dauerhaften Frieden zu schaffen, denn beide Seiten erkennen an, dass das Drogengeschäft der Treibstoff des Krieges gewesen ist und dass ein Kampf dagegen anders fokussiert sein muss als die alte Doktrin des Kampfes gegen die Drogen. Ein ehrgeiziges Programm der Substitution illegaler Pflanzungen unter Beteiligung der betroffenen Gemeinschaften, ein weiteres zur Konsumprävention, das auf das öffentliche Gesundheitswesen ausgerichtet sein soll sowie die Intensivierung der Bekämpfung der kriminellen Organisationen, die vom Drogengeschäft leben mit Priorität auf der Verfolgung der großen Profiteure- sind die wesentlichen Elemente der Vereinbarung.

Immerhin enthält der dünne Text eine Reihe von neuartigen Elementen zur Behandlung des Drogenproblems. Zum Beispiel stellt das Dokument klar, dass der Fortbestand illegaler Kulturen seine Ursachen in der Armut und der Marginalisierung der Siedlungen hat, in denen solche Aktivitäten sich ausgebreitet haben. Ebenso nimmt sich die Regierung ein Integriertes Nationales Programm der Substituierung illegaler Pflanzungen vor, das Teil der Agrarreform werden soll, die in der Vereinbarung von Juni 2013 zu Punkt 1 der Verhandlungsagenda beschlossen wurde. Das Programm soll entwickelt werden unter Mitwirkung der Bevölkerung in betroffenen Gemeinden über Bürgerversammlungen und örtliche Pläne und Satzungen.

Ebenfalls wird die Regierung ein „Nationales Programm zur Integrierten Bekämpfung des Drogenkonsums“ entwickeln, das unter Beteiligung von „wissenschaftlichen Einrichtungen, speziellen Zentren, Bildungsinstitutionen, Elternverbänden, religiösen Gruppierungen und Verbraucherorganisationen“ durchgeführt werden soll. Außerdem soll das Thema mit Schwerpunkt auf dem öffentlichen Gesundheitswesen behandelt werden. Schließlich nimmt die Vereinbarung Bezug darauf, dass die Lösung des Problems auch einer kriminalpolitischen Strategie bedarf, die u.a. auf die Bekämpfung der Korruption und der Drogenproduktion, präventive Maßnahmen sowie den Kampf gegen illegale Finanztransaktionen ausgerichtet sein soll. Die relevantesten Teile des Dokuments beziehen sich darauf, dass strikte Kontrollen eingeführt werden sollen für Geschäfte mit Zutat und chemischen Reagenzien, die zur Drogenproduktion erforderlich sind. Auch wird die Verpflichtung der Regierung festgeschrieben, sich für eine UNO-Konferenz einzusetzen, auf der die Strategien zur Drogenbekämpfung reflektiert und neu ausgerichtet werden sollen, weil man weiß, dass es einer neuen globalen Politik bedarf. Schließlich ist die Rede davon, dass die FARC „in effektiver Weise, mit höchster Entschlossenheit und in verschiedenen Formen und praktischen Aktionen dazu beitragen wird, eine endgültige Lösung des Problems anzustreben und dass sie nach Beendigung des Konflikts jegliche Beziehung zur Drogenwirtschaft, die aus der Aufstandsbewegung herrührt, aufheben wird“.

In einer Pressekonferenz nach der Verlesung der Vereinbarung erläuterte Humberto de la Calle, Chefunterhändler der Regierung, dass „bei der Durchführung dieser Politik außerdem zum ersten Mal in unserem Land alle Institutionen der Wirtschaft und des Agrarsektors in Bewegung gesetzt werden und die Kleinbauern und die früheren bewaffneten Kämpfer, die ins Zivilleben reintegriert wurden, nach Beendigung des Konflikts alle, ich betone: alle in Verfolgung des gemeinsamen Ziels der Schaffung eines Landes ohne Drogenproduktion und Drogenhandel arbeiten werden“.

Während Iván Márquez, Chefunterhändler der FARC, sich darauf bezog, dass in dieser Vereinbarung, wie auch in den zuvor geschlossenen, noch einige Punkte offen blieben, wie z.B. das Thema der Vernichtung der Kulturen durch Sprühaktionen mit Flugzeugen und die Ausformulierung einer neuen Politik der Kriminalitätsbekämpfung, bestand er auf der Nützlichkeit einer Verfassunggebenden Versammlung zur Bestätigung eines eventuellen Schlussabkommens.

Schlussendlich kann man dieses Teilabkommen nicht losgelöst betrachten von der Präsidentschaftswahl, in deren Vorfeld sich das Land befindet, denn zweifellos gehört die Debatte über Krieg oder Frieden zur Debatte der Wahl.

Dazu ein Punkt: In einer Entscheidung ohne Beispiel aus jüngerer Zeit haben FARC und ELN(zweitgrößte Guerrillabewegung in Kolumbien, A.d.Ü.) eine einseitige Feuereinstellung vom 20. bis 28.Mai 2014 verkündet, um die Abwicklung der Wahl nicht zu stören.....

Inzwischen wird das Verfassungsgericht der Ort der nächsten Debatte sein, die über die Praktikabilität der juristischen Mittel geführt werden wird, die der Rechtsrahmen für den Frieden enthält. Dabei geht es vor allem um jene Artikel, die von der Konnektivität der Delikte handeln, was sehr viel mit dem Drogenproblem zu tun hat.

Es liegt also eine Situation vor, die Präsident Santos so interpretierte: „Wir haben bereits die Mittellinie überschritten und wir können sagen, dass der Prozess Mut gefasst und eine Dynamik entwickelt hat, die uns zu einem Ende führen muss, das wir alle wollen: Das Ende des Krieges in Kolumbien. Es bleiben noch zwei große Themen, nämlich das des Umgangs mit den Opfern und das der Modalitäten und Bedingungen der Beendigung des Konflikt. Wir sind so weit gekommen wie nie zuvor auf dem Weg, unseren Krieg zu beenden“. Und er fügte hinzu, in der Woche nach dem ersten Wahlgang werde er den Nationalen Friedensrat einberufen, was nichts anders heißt, als dass die Zivilgesellschaft in den Friedensprozess einbezogen wird.